Airbus A400M in Berlin-Schönefeld

CHRISTIAN THIEL

Rüstung

Flügellahmer Transportflieger

Das Frachtflugzeug A400M wird für die Luftwaffe zum bleibenden Albtraum. Die Mängelliste ist in den vergangenen Wochen noch gewachsen: In den Flügeln des Airbus-Fliegers sind neben Korrosion auch Risse festgestellt worden. Wegen neuer Defekte an der Aufhängung der Triebwerke hat der Konzern eine Sicherheitswarnung an die Betreibernationen versendet.

Unlängst hatte Airbus mit den Käuferstaaten vereinbart, die Produktion des Flugzeugs deutlich zu bremsen. Offensichtlich versucht das Unternehmen, Zeit zu gewinnen, um die technischen Probleme zu lösen und die Veränderungen bei der Herstellung der neuen Maschinen direkt anzuwenden. Die Luftwaffe, die vor gewaltigen Engpässen beim Transport von Soldaten und Kriegsmaterial steht, bekommt ihre letzten A400M laut dem Deal statt 2020 erst sechs Jahre später. Die Vereinbarung hat Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder unterzeichnet.

Airbus wollte sich auf Nachfrage nicht zu technischen Details äußern. Man habe die Probleme mit den Kunden bereits vor einem halben Jahr diskutiert, erklärte ein Firmensprecher. Airbus gab bei der Vorstellung seiner Jahresbilanz jetzt bekannt, wegen des A400M Verluste in Höhe von 1,3 Milliarden Euro allein für 2017 veranschlagt zu haben. gt, mgb

Linke

Riexinger kritisiert Wagenknecht

Der Chef der Linkspartei, Bernd Riexinger, wehrt sich gegen den Vorwurf der Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht, in die Falle des „No-Border-Neoliberalismus“ zu tappen. „Der Begriff ist ein seltsam perfides Wortungetüm“, sagt Riexinger, „neoliberal sind Konzepte, die Grenzen für die Freiheit von Waren und Kapital abbauen, aber die Grenzen für Menschen in Not dichtmachen.“ Die Linke sei gegen neoliberale Politik.

Wagenknecht hatte sich für eine restriktivere Flüchtlingspolitik ausgesprochen. Parteichef Riexinger stellt klar: „Wir streiten dafür, dass das Sterben an den Grenzen von Europa aufhört, für sichere Fluchtwege und eine solidarische und geordnete Flüchtlingspolitik in Europa.“ abe

Geheimdienste

Schweizer bleiben unbehelligt

Das Verfahren gegen den Vizepräsidenten des Schweizer Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) und einen weiteren Mitarbeiter des eidgenössischen Geheimdienstes steht vor der Einstellung. Im Laufe der Ermittlungen des Generalbundesanwalts haben sich keine weiteren Verdachtsmomente gegen die beiden ergeben. Im Zuge des Verfahrens gegen Daniel M., der für den NDB die Steuerfahndung Wuppertal ausspionieren sollte, waren die Männer ins Visier der Fahnder geraten.

Die Einstellung des Verfahrens dürfte den Schweizer Geheimdienst kaum überraschen. Schon vor einiger Zeit wurden Emissäre diskret bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vorstellig. Der NDB-Vize plane eine Deutschlandreise, ob ihm denn eine Verhaftung drohe. Der Schweizer wollte in Deutschland einen Kollegen treffen: Hans-Georg Maaßen, den Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz. Sein Amt ist für die Spionageabwehr hierzulande zuständig. fis

Gedenken

Schmidt-Stiftung ohne Schub

Querelen im Kuratorium lähmen die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung – und das, obwohl in diesem Jahr der 100. Geburtstag des 2015 verstorbenen Altkanzlers ansteht. Mehr als ein Jahr nach Gründung der Stiftung hat sich das Aufsichtsgremium unter Vorsitz des ehemaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück immer noch nicht auf einen Geschäftsführer geeinigt. Damit bleibt auch der Vorstand unvollständig, zu dem der Geschäftsführer zählt. Ebenso fehlt der in der Satzung vorgesehene internationale Beirat.

Wegen des Stillstands droht nun ein indirekter Zuschuss der Hamburger Bürgerschaft über 50 000 Euro zu verfallen. Immerhin soll kommende Woche die erste Veranstaltung stattfinden und an Schmidts 99. Geburtstag vor zwei Monaten erinnern. Gegen den Vorwurf der Untätigkeit wehrt sich die Stiftung mit Verweis auf ihre Präsenz in den sozialen Medien. Die Resonanz ist freilich überschaubar: Twitter und Facebook weisen 651 Follower aus – mögliche Doppelzählungen eingeschlossen. klw

Steinbrück, Schmidt 2010

FREDRIK VON ERICHSEN / DPA